

Das Wochenmagazin der SPÖ www.spoe.at



Aktuelle

19. Februar 2010 · Nr. 6 · 0,70 €

Gastkommentar vom Vorsitzenden
der Freiheitskämpfer, Ernst Nedwed

**130 Maßnahmen
für weniger
Verkehrstote**

**Österreichs
Straßen
werden
sicherer!**

Auf Österreichs Autobahnen und Schnellstraßen verunglückten im letzten Jahr 76 Menschen tödlich. Das Verkehrssicherheitsprogramm 2020, das jüngst von Verkehrsministerin Doris Bures präsentiert wurde, hat die Reduktion der Anzahl der Todesopfer um 50 Prozent zum Ziel. Verkehrssicherheit erfordert immer wieder eine öffentliche Diskussion, Ursachenanalyse und immer wieder konkrete Maßnahmen. Wir bringen zum Schwerpunktthema ein Interview mit Verkehrsministerin Doris Bures.

Die Verdachtsmomente gegen den Waffenlobbyisten Mensdorff-Pouilly verdichten sich täglich, während die Zögerlichkeit der Justizministerin, ein Verfahren einleiten zu lassen, zunehmend für Unverständnis sorgt.

Die Wirtschaftskammer-Wahl steht vor der Tür (27. Februar bis 2. März). Im Fokus der Bemühungen des SWV-Spitzenkandidaten und Vizepräsidenten der Wirtschaftskammer, Christoph Matznetter, stehen die kleinen Unternehmen.

Eure Redaktion

Highlights der Woche

Verkehrssicherheit	4
Interview mit Verkehrsministerin Doris Bures	5
Causa Mensdorff-Pouilly	6
Bankdaten von Steuersündern	7
Wirtschaftskammer-Wahl	8
Konjunkturpaket	10
Gastkommentar vom Vorsitzenden der Freiheitskämpfer, Ernst Nedwed	14

Bundeskanzler bekennt sich zu Assistenzeinsatz

Bundesheer



„Der Assistenzeinsatz unterstützt das Sicherheitsgefühl der Bevölkerung.“

Momentan ist die Polizei personell nicht in der Lage, ihre Aufgaben im Grenzraum ohne Unterstützung zu

erfüllen. Der Assistenzeinsatz des österreichischen Bundesheers im niederösterreichischen und burgenländischen Grenzraum ist für Bundeskanzler Werner Faymann daher weiterhin gerechtfertigt. Für Burgenlands SPÖ-Klubchef Christian Illledits ist „ein Ende der Bundesheer-Assistenz undenkbar, solange die Innenministerin nicht zusätzliche Polizisten für das Burgenland zur Verfügung stellt.“ Die Zusammenarbeit von Heer und Polizei funktioniert bestens: 1.800 Beobachtungen der Soldaten haben zu 1.300 Amtshandlungen der Polizei geführt. ♦

THEMEN DER WOCHE

Einkommensabhängiges Kindergeld



Quelle: APA, Grafik: SPÖ, Foto: Fotolia

Einkommensabhängiges Kindergeld sehr beliebt

Großer Erfolg für das seit 1.1.2010 geltende einkommensabhängige Kindergeld: Bereits im ersten Monat haben 716 Personen diesen familienpolitischen Meilenstein erhalten – fast jeder Zehnte will also schon jetzt von dieser neuen Variante Gebrauch machen. ♦

mitreden.spoe.at

Meinungsforum:
Mehrwertsteuer-Erhöhung oder Banken-Solidarabgabe?

Welche Maßnahme ist für die Budgetkonsolidierung sozial treffsicherer? Während in ÖVP-nahen Kreisen eine Erhöhung der regressiv wirkenden Mehrwertsteuer zur Konsolidierung des Budgets angedacht wird, befürwortet die SPÖ, dass Banken ihren Beitrag in Form einer Solidarabgabe leisten sollen.

Diskutieren Sie auf www.mitreden.spoe.at mit, wer die Kosten für die Krise bezahlen soll.



Treffen der SPÖ-Frauensprecherinnen in Geinberg, OÖ

Vernetzen wird groß geschrieben

Auf Initiative der SPÖ-Frauen- und Gleichbehandlungssprecherin des Nationalrats, Gisela Wurm, fand in Geinberg ein Treffen der SPÖ-Frauensprecherinnen der Landtagsklubs statt. Ziel dieses Kooperations-Treffens, an dem auch SPÖ-Bundesfrauen-geschäftsführerin Andrea Mautz teilnahm, war es, Informationen über aktuelle frauenpolitische Vorhaben auszutauschen und die Vernetzung zu erleichtern. Schwerpunkt der Veranstaltung von SPÖ-Parlamentsklub und Renner-Institut war vor allem die konkrete Konzeption und Planung frauenspezifischer Projekte. ♦

Zitat der Woche

„Es können nicht die Arbeitnehmer, die Kleinstverdiener, die Familien die Krisensuppe allein auslöffeln, da ist Solidarität nötig.“

Bundeskanzler Werner Faymann zur Banken-Solidarabgabe

Bologna-Prozess: Evaluieren statt feiern

Vor rund zehn Jahren wurde der so genannte Bologna-Prozess beschlossen – mit dem Ziel, ein einheitliches europäisches Hochschulwesen zu schaffen. Die zuständigen Bildungs- und Wissenschaftsminister wollen das – trotz Kritik – mit einer „Jubiläumskonferenz“ begehen. Für SPÖ-Wissenschaftssprecherin Andrea Kuntzl sind „zehn Jahre Bologna allerdings nicht unbedingt ein Grund zum Feiern“. Stattdessen sieht Kuntzl die Wissenschaftsministerin gefordert, „rasch eine Evaluierung durchzuführen, die uns genaue Daten darüber liefert, ob und in welchem Ausmaß wir die Ziele des Bologna-Prozesses erreicht haben.“ ♦



ÖS

SPÖ-Wissenschafts-sprecherin Andrea Kuntzl



Direkte Demokratie ist gelebte Demokratie!

Politik muss für die Menschen wieder „greifbar“ werden. Um ihnen das Vertrauen in die Politik zurückzugeben und um das Demokratieverständnis der Menschen zu stärken, müssen wir die Möglichkeit haben, an politischen Entscheidungsprozessen direkt teilzuhaben – und das nicht nur alle fünf Jahre bei Wahlen. Der Zynismus der anderen Parteien und mancher Kommentatoren ist daher unverständlich.

Es liegt im Wesen der Demokratie, dass die Bevölkerung die Möglichkeit hat, sich an politischen Entscheidungsprozessen zu beteiligen. Viele Menschen haben aber zusehends das Gefühl, dass „über ihre Köpfe hinweg“ entschieden wird, dass „die da Oben“ politische Entscheidungen treffen, die ihnen abstrakt erscheinen und auf die sie keinerlei Einfluss haben. All dies nährt die Politikverdrossenheit der Bevölkerung, mindert die Wahlbeteiligung oder treibt die Menschen schlimmstenfalls in die Arme jener, die mit populistischen Ansagen Feindbilder schaffen und erfundene Allheilmittel für Probleme anbieten – in die Arme von Hetzern und rechtspopulistischen Hasspredigern. Die Entwicklung einer immer größer werdenden Distanz zwischen Politik bzw. politischen Repräsentanten und Wählern ist demokratiepolitisch gefährlich. Deshalb ist es für eine moderne Gesellschaft wichtig, Beteiligungsmöglichkeiten zu nutzen, sie zu erneuern und wenn nötig neue demokratiepolitische Instrumente zu entwickeln. Ausgangspunkt hierfür ist die Überzeugung, dass der Bürger mündig ist. Er weiß, was eine Citymaut bringt oder eben nicht und er kann beurteilen, ob sich die Kosten einer 24-Stunden-U-Bahn rentieren. Für die Sozialdemokratie ist und war deshalb immer klar: Wir müssen die Bevölkerung in politische Entscheidungsprozesse einbeziehen, wir müssen den Menschen die Möglichkeit geben, direkt am demokratischen Meinungsbildungsprozess teilzunehmen.

Durch das „Nachfragen beim Volk“ erfährt die Politik nicht nur die Wünsche der Bürgerinnen und Bürger und kann sich besser an diesen orientieren. Es hilft auch jenen schleichenden Prozess umzukehren, dass die Menschen immer weniger Vertrauen in die politischen Institutionen und deren Entscheidungsträger haben. In den letzten Wochen konnte in Wien beobachtet werden, was gelebte Demokratie wirklich bedeutet.



Wir müssen die Bevölkerung in politische Entscheidungsprozesse einbeziehen. Wir müssen den Menschen die Möglichkeit geben, direkt am demokratischen Meinungsbildungsprozess teilzunehmen.

Die Volksbefragung hat einen Diskussionsprozess in Gang gesetzt, der vor keiner Altersgruppe Halt gemacht hat. Unter Wiens Jugendlichen war vor allem die Frage der 24-Stunden-U-Bahn Thema. Sie haben sich informiert, haben sich eine Meinung gebildet und sie zur Diskussion gestellt. Das Ergebnis war knapp, aber eines ist jedoch klar: Die Wiener Jugendlichen, die sich am öffentlichen Diskurs beteiligt haben, haben mitgestaltet, Demokratie gelebt und über „ihre“ U-Bahn mitentschieden. Die Bevölkerung einzubinden ist zwar kein Ersatz, aber eine wichtige und unendlich wertvolle Ergänzung für die politische Entscheidungsfindung. Die Sozialdemokratie hat in diesem Jahr einmal mehr gezeigt, dass sie für gelebte, direkte Demokratie steht, während es scheint, als hätten andere Parteien, allen voran die ÖVP, Angst vor der Meinung des Volkes. Während Innenministerin Fekter beim geplanten Asylzentrum in Eberau einfach über die Bürgerinnen und Bürger „drüberfahren“ wollte, stellten Bundeskanzler Werner Faymann und Burgenlands Landeshauptmann Hannes

Niessl klar, dass es zu keiner Entscheidung ohne Einbeziehung der Bevölkerung kommen wird. Die FPÖ, die oft die Arroganz besitzt, so zu tun als spreche sie für ganz Österreich, hatte für die Meinungsäußerung der Bürger bei der Wiener Volksbefragung nur Spott und Hohn übrig. Nun hat die Bevölkerung von Eberau und den umliegenden Gemeinden die Möglichkeit, selbst und direkt im Rahmen einer Volksbefragung über den Bau oder Nichtbau des Asyleraufnahmehandelszentrums abzustimmen. Und die Wienerinnen und Wiener haben entschieden, ob sie einen Hausmeister, eine City Maut, eine 24-Stunden-U-Bahn am Wochenende und einen Hundeführerschein für Kampfhunde wollen. Gerade wenn politische Entscheidungen den unmittelbaren Lebensraum von Menschen betreffen, müssen diese in den Entscheidungsprozess miteinbezogen werden.

Anscheinend meint eine kleine Elite im Land, jedes Mal, wenn die Sozialdemokratie das Volk in Entscheidungen einbinden möchte, die „Populismus-Keule“ schwingen zu müssen. Diese abgehobene Elite muss sich die Frage gefallen lassen, wie eine moderne Demokratie ihrer Meinung nach alle Österreicher ausgewogen repräsentieren kann. Der Lehrling bei meinem Friseur geht nicht auf den Opernball und hat auch sonst wenig Kontakt zu den politischen Entscheidungsbildern, Meinungsmachern und Netzwerken dieses Landes. Soll er nicht auch die Möglichkeit haben, mit zu entscheiden, ob es – in diesem Fall – eine 24-Stunden-U-Bahn gibt? Der Spott über direkte Demokratie ist ein deutliches Zeichen für versteckte Angst der Eliten, ihr Machtmonopol zu Gunsten der Mehrheit der Bevölkerung aufgeben zu müssen.

Auch in einer repräsentativen Demokratie muss genügend Platz für direktdemokratische Elemente sein und bleiben. Denn niemand braucht sich vor den Entscheidungen der Bevölkerung zu fürchten. ♦

VERKEHR

Sicherheit erhöhen – men

Verkehrsministerin Doris Bures präsentierte vor kurzem das neue Verkehrssicherheitsprogramm 2020. Das Ziel: Die Halbierung der Zahl der Todesopfer auf Autobahnen und Schnellstraßen bis zum Jahr 2020.

„Mit diesem Gesamtpaket können wir es schaffen, Unfälle und das dadurch ausgelöste Leid zu verringern.“

Verkehrsministerin Doris Bures über das Zusammenspiel von Gesetzen, Kontrolle und Bewusstseinsbildung.

Auf Österreichs Straßen passiert immer noch zuviel menschliches Leid. Im Jahr 2009 haben 76 Menschen auf Autobahnen und Schnellstraßen ihr Leben verloren. Wichtig ist, die Ursachen zu analysieren und entsprechende Maßnahmen zu setzen“, erklärt Verkehrsministerin Doris Bures. Das Verkehrssicherheitsprogramm 2020 für die österreichischen Autobahnen und Schnellstraßen hat die Umsetzung dieser Maßnahmen und damit die Reduktion der Anzahl der Todesopfer um 50 Prozent zum Ziel.

Verkehrssicherheitspaket wirkt

Am 1. September ist bereits ein neues Verkehrssicherheitspaket in Kraft getreten, das vor allem höhere Strafen und einen längeren Führerscheinentzug für Raser und Alko-Lenker beinhaltet. Erste Untersuchungen zeigen, dass das neue Gesetz greift. Das bedeutet: Es fahren weniger alkoholisierte Lenker auf Österreichs Straßen. „Das von Bundesregierung und Parlament beschlossene Verkehrssicherheitspaket ist ein wichtiger Mosaikstein auf dem Weg zu mehr Verkehrssicherheit“, betont die Verkehrsministerin. Wichtig seien aber nicht nur gute Gesetze, sondern auch die Kontrolle, deren Einhaltung und Bewusstseinsbildung.

„Verkehrssicherheit erfordert immer wieder eine öffentliche Diskussion, Ursachenanalyse und immer wieder konkrete Maßnahmen. Projekte in diesem Bereich sind immer langfristig ausgelegt“, so Bures. Die häufigsten Ursachen für Unfälle mit Todesfolge auf der Autobahn sind das Abkommen von der Fahrbahn – hier ist die Hälfte



76 Menschen verunglückten allein im Jahr 2009 auf Österreichs Autobahnen und Schnellstraßen tödlich.

aller Getöteten zu verzeichnen –, Auffahrunfälle und Frontalkollisionen. So vielfältig die Ursachen von Unfällen sind, so vielfältig ist die Beseitigung dieser Ursachen. Die Anzahl der Getöteten konnte in den letzten fünf Jahren halbiert werden: Gab es 2004 noch 140 Todesopfer, so waren es 2009 „nur“ noch 76. Autobahnen und Schnellstraßen haben einen Anteil von zwei Prozent am gesamten österreichischen Straßennetz, hier wird aber 40 Prozent der Ver-

kehrsleistung erbracht. Trotzdem passieren nur fünf Prozent aller Unfälle im hochrangigen Netz. Die Autobahnen sind also bereits jetzt sehr sicher.

Maßnahmen zur Unfallprävention

Das Verkehrssicherheitsprogramm 2020 baut auf der Evaluierung und Analyse aller Unfälle auf, woraus 130 konkrete Maßnahmen abgeleitet wurden.

schlechtes Leid verhindern

„Das in Verkehrsinfrastruktur investierte Geld hat mehrere Effekte: Es stärkt den Wirtschaftsstandort Österreich, sichert Beschäftigung in wirtschaftlich schwierigen Zeiten und es sind Investitionen für die Zukunft und für die Verkehrssicherheit.“

Verkehrsministerin Doris Bures



Fotolia

INTERVIEW

„Jeder Verkehrstote ist einer zuviel“

Verkehrsministerin Doris Bures über die Fortsetzung ihrer Verkehrssicherheits-offensive – und was sie zu dem Vorwurf sagt, höhere Strafen seien nur Schikane und Abzocke.

SPÖ Aktuell: Sie haben jetzt ein Verkehrssicherheitsprogramm für Autobahnen präsentiert. Warum gerade für das hochrangige Straßennetz?

Doris Bures: Autobahnunfälle machen zwar „nur“ fünf Prozent aller Verkehrsunfälle aus, aber zwölf Prozent der tödlichen Unfälle. Wenn etwas passiert, sind im hochrangigen Straßennetz die Folgen leider gravierender. Jeder Verkehrstote ist einer zuviel. Unser zentrales Anliegen ist daher, die Verkehrssicherheit zu erhöhen und menschliches Leid zu verhindern. Dazu braucht es auch Investitionen in die Verkehrsinfrastruktur. So sollen etwa Lücken in Leitschienen geschlossen, Rumpelstreifen vermehrt eingesetzt und auch der zweispurige Ausbau von Tunnel weiter forciert werden.

Wie zufrieden sind Sie mit Ihren bisherigen Initiativen?

Bures: Erste Untersuchungen zeigen einen positiven Trend. Wir haben an mehreren Hebeln gleichzeitig angesetzt: Mit dem neuen Verkehrssicherheitspaket haben wir im September die Strafen für Hochrisikolenker erhöht. Dann wurden die Kontrollen durch die Exekutive im Vorjahr verstärkt. Und zur Bewusstseinsbildung haben wir die Kampagne gegen Alkohol am Steuer gestartet. Denn betrunken Autofahren stellt eine der größten Gefahren im Straßenverkehr dar.

Kritiker bemängeln, dass die Straferhöhungen nur reine Abzocke sind. Was sagen Sie dazu?

Bures: Mir wäre am liebsten, wenn überhaupt niemand Strafe zahlen müsste, weil sich alle an die Vorgaben halten. Wenn aber Strafen eingenommen werden, ist es wichtig, sie sinnvoll zu verwenden. Das tut die Asfinag, denn sie verwendet die Strafgebühren zu 100 Prozent für Maßnahmen zur Erhöhung der Verkehrssicherheit. 2009 waren das 63 Mio. Euro, die 1:1 in mehr Sicherheit auf unseren Straßen investiert wurden. ♦



Rigaud

Sicherheit ist einer der zentralen Schwerpunkte in der Verkehrspolitik, betont die zuständige Ministerin.

Eine der Maßnahmen ist der Bau zweiter Tunnelröhren. Das ist ein Schwerpunkt in der Verkehrssicherheit. Andere Maßnahmen sind etwa das Schließen von Lücken im Leitschienensystem, die Verstärkung von Baustelleninspektionen, die Bereitstellung von 1.000 zusätzlichen LKW-Stellplätzen sowie der Ausbau von Beschilderungen, z.B. Geisterfahrerwarnschilder.

Das Verkehrssicherheitsprogramm

setzt an drei Hebeln an: an der Infrastruktur, dem Menschen und dem Fahrzeug. Die Maßnahmen sind 13 Handlungsfeldern zugeordnet, darunter LKW- und Motorradsicherheit, Überwachung, Erweiterung und Verbesserung des Netzes und auch Forschung und Entwicklung.

Die Asfinag ist dabei ein wichtiger Partner des Verkehrsministeriums, da sie große Investitionen in die Verkehrssicherheit

tätige, so die Verkehrsministerin. Alois Schedl, Vorstandsleiter der Asfinag, hat das Ziel, Österreichs Autobahnen zu den sichersten Europas zu machen. „Das in Verkehrsinfrastruktur investierte Geld hat mehrere Effekte: Es stärkt den Wirtschaftsstandort Österreich, sichert Beschäftigung in wirtschaftlich schwierigen Zeiten und es sind Investitionen für die Zukunft und für die Verkehrssicherheit“, so Verkehrsministerin Bures. ♦

CAUSA MENSENDORFF-POUILLY

Der Schmiergeld-Skandal

Der Korruptions-Verdacht gegen den Waffenlobbyisten Mensdorff-Pouilly festigt sich. Die SPÖ pocht auf lückenlose Aufklärung, während die ÖVP-Justizministerin zögert.

„Die Verfolgung der Korruptionsvorwürfe durch die österreichischen Behörden ist rechtlich unverzichtbar.“

SPÖ-Justizsprecher Hannes Jarolim

400 Millionen US-Dollar und 30 Millionen britische Pfund – zusammen umgerechnet 325 Millionen Euro – mit dieser beachtlichen Summe kaufte sich der Rüstungskonzern BAE Systems vor wenigen Tagen in Großbritannien und den USA aus einem groß angelegten Verfahren wegen Bestechung frei. In Folge dieser Zahlung wurde auch der österreichische BAE-Berater und Waffenlobbyist Alfons

fungsverbots nicht angeklagt werden kann, berechtigt ist. „Und das, obwohl Fahnder des Bundeskriminalamts und Staatsanwälte glauben, genügend Material zusammengetragen zu haben, um schon bald Anklage zu erheben“, wie das Nachrichtenmagazin „profil“ in seiner aktuellen Ausgabe darstellt.

SPÖ-Justizsprecher Hannes Jarolim hat eine parlamentarische Anfrage an die Justizministerin mit dem Titel *„Rechtlich unverzichtbare Verfolgung nun erwiesener Korruptionsvorwürfe gegen Alfons Mensdorff-Pouilly durch die österreichischen Behörden“* eingebracht. Die britische Korruptionsbehörde SFO habe Wert auf die Feststellung gelegt, dass der Einigung mit BAE Systems und der damit verbundenen Enthaltung Mensdorffs das Eingeständnis

Mark Pieth, hält eine Weiterführung des Verfahrens gegen den Rüstungslobbyisten in Österreich jedenfalls für rechtlich möglich. Das Doppelbestrafungsverbot dürfe hier seiner Ansicht nach nicht zur Anwendung kommen, da die Sache nicht rechtskräftig erledigt sei. „Man müsste weitermachen, meiner Meinung nach“, so der Korruptionsexperte: „Ich denke, Österreich ist hier völlig frei, zu handeln.“

Belastete SFO-Unterlagen

Brisanten Unterlagen des SFO (britische Anti-Korruptionsbehörde) erhärten die Forderung nach einem Strafverfahren – auch wenn für Mensdorff-Pouilly natürlich die Unschuldsvermutung gilt. Laut dem Magazin „Format“ ist diesen Papieren zu entnehmen, dass BAE (British Aerospace) über verschiedene Wege Zahlungen an Mensdorff-Pouilly für Beratertätigkeiten in Osteuropa leistete. In einem SFO-Papier sei zu lesen: „Die von British Aerospace für Marketingleistungen gezahlten Gelder wurden in bar an Dritte verteilt; nachträglich wurden Berichte und Vertreterverträge erstellt, um diese Zahlungen zu rechtfertigen. Mensdorff manipulierte korrupt den politischen Prozess zugunsten von BAE.“ Das Netzwerk an Briefkastenfirmen in der Schweiz, in Liechtenstein oder auf den British Virgin Islands habe laut SFO nur einem Zweck gedient: „Korruption“. Rund 14 Millionen Euro sollen über Mensdorff-Konten geflossen sein. Ein Großteil der mutmaßlichen Schmiergelder in Österreich landete auf Konten von Bawag PSK, Hypo Tirol oder der Bank-Austria-Tochter Schoellerbank.

Auch SPÖ-Bundesgeschäftsführerin Laura Rudas bekräftigt die Forderung der SPÖ nach lückenloser und rascher Aufklärung der Causa Mensdorff. Für sie ist nicht einzusehen, weshalb bereits vor eindeutiger Klärung der Sachlage von mehreren Seiten gegen ein weiteres Verfahren argumentiert wird. „Die Justiz hat in einem Kriminalfall die restlose Aufklärung vorzunehmen. An diesem österreichischen Grundsatz müssen wir festhalten“, betont die Bundesgeschäftsführerin. ♦



Es wird eng für Mensdorff-Pouilly – wenn die Justizministerin die Strafverfolgung in Österreich zulässt. (im Bild mit Gattin und ÖVP-Ex-Ministerin Maria Rauch-Kallath)

Mensdorff-Pouilly enthaftet. Obwohl viele Indizien – will man den Medienberichten Glauben schenken – für ein Verfahren gegen Mensdorff-Pouilly in Österreich sprechen, zeigt sich die ÖVP-Justizministerin in dieser Causa eher verhalten. Sie wolle erst prüfen, ob die Stoßrichtung von Mensdorffs Anwalt, wonach sein Mandant in Österreich aufgrund des Doppelbestra-

schwerer Verstöße gegen gesetzliche Vorschriften durch diese Unternehmensgruppe zugrunde liegen. Auch die enorme Höhe der Strafzahlungen zeige klar auf, dass es sich bei den Verstößen nur um schwerwiegende Straftaten handeln kann. „Das legt quasi ein Schuldgeständnis dar“, sagt Jarolim. Der Leiter der OECD-Arbeitsgruppe gegen Unternehmenskorruption,

BANKDATEN

Steuerhinterzieher zur Kasse bitten

Geschätzte 12 Milliarden Euro verstecken Österreicher vor dem Fiskus auf Schweizer Bankkonten. Mit dem nicht unumstrittenen Kauf der Steuer-CD verpflichtet sich Deutschland, österreichische Steuersünder zu melden.

Gleich nachdem Deutschland illegal erworbene Steuerdaten gekauft hatte, ist auch die Zahl der Selbstanzeigen bei den Steuerbehörden sprunghaft angestiegen. Bundesweit wagten gemäß einer Umfrage einer deutschen Nachrichtenagentur vorletzte Woche mehr als 850 Menschen bisher diesen Schritt, um mit einer nachträglichen Anzeige Straffreiheit zu erlangen. Aufgrund der Amtshilfe innerhalb der EU ist Österreichs Nachbar verpflichtet, den heimischen Behörden Informationen über Steuerhinterzieher zu melden.

Schieder zeigt Verständnis für Deutschland

Finanzstaatssekretär Andreas Schieder äußerte vergangene Woche gegenüber der

Tageszeitung „Kurier“ Verständnis für die Maßnahme Deutschlands. Auch in Österreich müsse man prüfen, um wieviel hinterzogenes Steuergeld es sich dabei handelt. Ob es nicht bedenklich sei, illegale Daten zu kaufen? Schieder: „Wenn sich herausstellte, dass einige Superreiche eine große Summe hinterzogen hätten, wäre es auch eine Frage der Gerechtigkeit gegenüber jenen, die Steuern zahlen.“ Insgesamt befanden sich 2007 in der Schweiz rund 1.400 Milliarden Euro an ausländischem Vermögen, 41 Milliarden Euro entgehen den

Herkunftsländern durch die entfallene Steuerleistung. 12 Milliarden Euro von



Auch Österreich wird Bankdaten über heimische Steuerhinterzieher erhalten – dafür sorgt das EU-Amtshilfegesetz.

österreichischen Staatsbürgern liegen auf Konten in der Schweiz. ◆

INTERVIEW

„Steuerbetrug ist kein Kavaliersdelikt“

Finanzstaatssekretär Andreas Schieder im Interview mit „SPÖ Aktuell“ über die umstrittene Steuer-CD und die Budgetkonsolidierung.



Finanzstaatssekretär Andreas Schieder: Eng zusammentreten, um Steuerbetrügnern das Handwerk zu legen.

SPÖ Aktuell: Wäre der Kauf einer Steuer-CD für Österreich eine Option gewesen?

Andreas Schieder: Sicher ist: Steuerbetrug ist kein Kavaliersdelikt und muss ent-

sprechend bestraft werden. Ist Deutschland im Besitz von Daten, die Österreicher betreffen, dann bekommen wir die Daten auf dem Amtsweg. Und diese Daten werden wir selbstverständlich auch verwenden, weil es darum geht, Steuerbetrug mit allen rechtlich zur Verfügung stehenden Mitteln zu bekämpfen. Würde uns eine solche CD angeboten werden – was bisher nicht passiert ist – würden wir sehr genau prüfen lassen, wie wir vorzugehen hätten.

Viele Großverdiener haben in der Vergangenheit ihr Geld auf Schweizer Konten angelegt und damit teilweise den Fiskus umschifft. Kann das der Staat verhindern?

Schieder: Das Finanzministerium und

seine Einrichtungen kämpfen ständig gegen Steuerbetrug und Steuerflucht. Aber natürlich ist klar, dass nicht alle kriminellen Energien schon im Vorfeld verhindert werden können. Deshalb ist es auch wichtig, dass wir international eng zusammenarbeiten, um Steuerbetrügnern das Handwerk zu legen.

Wann wird das Budget konsolidiert?

Schieder: Wir haben uns darauf geeinigt, die Budgetkonsolidierung im Herbst zu machen. Das ist gut und richtig so, weil wir dann viel besser als heute wissen, wie sich Konjunktur und Beschäftigung entwickelt haben. Und Wirtschaftswachstum und der Kampf um Arbeitsplätze stehen jetzt im Mittelpunkt aller politischen Überlegungen. ◆

WIRTSCHAFTSKAMMER-WAHL

SWV für neue Wirtschaftspolitik

Christoph Matznetter, der Spitzenkandidat des SWV (Sozialdemokratischer Wirtschaftsverband), will bei der WKÖ-Wahl zulegen.



Die Situation der KMU soll verbessert werden. Dafür macht sich der SWV stark.

gunsten der zehntausenden Klein- und Mittelunternehmen“, sagt Matznetter. Das Wahlziel ist die „entscheidende Verbesserung“ für die KMU.

Kreditklemme lockern

Der SWV will die Kreditvergabe erleichtern, damit es zu keinem „finanziellen Aushungern“ der Wirtschaft kommt. „Auch die Kleinsten müssen an Kredite kommen und zwar schon ab 1.000 Euro“, fordert Matznetter. Der Faktor Arbeit soll auch entlastet werden. Stark macht sich der SWV zudem für die Migranten: „Wir wollen Gerechtigkeit für Unternehmer, die nicht in Österreich geboren sind.“ Matznetter appelliert an die 418.000 Wahlberechtigten, ihre Stimme abzugeben. Vor allem in Wien sei dies wichtig, da es hier die Chance gebe, die

Absolute des schwarzen Wirtschaftsbandes zu brechen. ♦

INFO

SWV tritt mit starken Kandidaten an

Die WKÖ-Wahlen finden vom 27. Februar bis 2. März 2010 statt.

SWV-Kandidaten sind unter anderem:

- ▶ Christoph Matznetter (SWV-Präsident)
- ▶ Andrea Jabornik (Einpersoenen-Unternehmerin)
- ▶ Resul Ekrem Gönültaş (Taxi-Unternehmer)
- ▶ Toni Hubmann (Tonis Freilandeier)
- ▶ Rudi Tucek (Hotelier)

INTERVIEW

„Forderungen der Sozialdemokratie kommen gut an“

Christoph Matznetter, Präsident des Sozialdemokratischen Wirtschaftsverbands (SVW) und Vizepräsident der Wirtschaftskammer, im Interview mit „SPÖ-Aktuell“ über die bevorstehenden Kammerwahlen.

SPÖ Aktuell: Was sind die Perspektiven der Sozialdemokratie für die Wirtschaftskammer-Wahlen?

Christoph Matznetter: Wir stellen in der Tendenz der letzten 20 Jahre fest, dass immer mehr Menschen gewollt oder ungewollt – in Form atypischer Beschäftigungsverhältnisse – in die Selbstständigkeit hineinkommen. Das heißt, es gibt eine neue Problemlage: Hunderttausende Menschen verkaufen nur ihre eigene Arbeitskraft, die aber den sozialen Schutz, den die Sozialdemokratie für Millionen Arbeitnehmer in über 100 Jahren erkämpft hat, nicht in diesem Ausmaß hat. Wenn Selbstständige krank werden, heißt das, dass kein Geld in die Kassa kommt. Da haben wir eine riesige Aufgabe vor uns: Für die schwächsten und kleinsten der Unternehmer und deren soziale Absicherung

kämpfen wir. Das ist unser Hauptfokus.

Der Finanzminister hat es wohl noch immer nicht geschafft, die Kreditklemme für KMU zu lösen. Was muss passieren?

Matznetter: Bis vor kurzem hat Pröll überhaupt geleugnet, dass es diese Kreditklemme gibt. Wir sagen offen: Die vielen kleinen Betriebe sind die Leittragenden der Krise und tragen gemeinsam mit den Arbeitnehmern die Hauptlast der Steuern. Wir fordern eine Sonderabgabe für Banken, die überbordende Gewinne gemacht haben, eine Aufhebung der Spekulationsfristen bei Finanzprodukten, das Abschaffen der Steuerprivilegien von Privatstiftungen und eine



SWV-Präsident Matznetter kämpft für Klein-Unternehmer.

Beschränkung der steuerlichen Absetzbarkeit bei Boni von Managern über 500.000 Euro. Diese Forderungen der Sozialdemokratie kommen bei den Wirtschaftstreibern gut an.

Wie geht die Wirtschaft mit dem Thema Integration um? Hier liegt ja ein Schwerpunkt des SWV.

Matznetter: Jeder Wirtschaftstreibende, der Leute beschäftigt und damit zum Funktionieren unserer Wirtschaft und Gesellschaft beiträgt, muss die gleichen Rechte und Pflichten haben. Mit dieser klaren Politik für unsere Betriebe kommen wir besser an als die xenophoben Hetzparolen von Strache und Co. ♦

EBERAU

Volksbefragung muss bindend sein

Es scheint, als würde sich die ÖVP in der Causa Eberau durch die Beschwerde beim Verfassungsgerichtshof eine Hintertür offenhalten wollen. Für die SPÖ steht aber fest: Das Ergebnis der Volksbefragung muss bindend sein.



Für die SPÖ steht fest: Sollten die Menschen in Eberau mit „Nein“ stimmen, wird es kein drittes Asylaufnahmезentrum geben.

In Sachen Eberau legt die ÖVP den Re-tourgang ein und scheint zum Kurs des „Drüberfahrens“ zurückkehren zu wollen. Innenministerin Fekter hat angekündigt, ihre Beschwerde beim Verfassungsgerichtshof im Falle eines Neins bei der Volksbefragung in Eberau nicht zurückzu-

ziehen. Für Burgenlands Landeshauptmann Hans Niessl ein klares Zeichen: „Die ÖVP will sich dadurch eine Hintertür offen halten. Es deutet alles darauf hin, dass die ÖVP-Innenministerin weiterhin an ihrem Vorhaben festhält, in Eberau oder in einer anderen Gemeinde im Burgenland eine Erstaufnahmestelle errichten zu wollen.“ Noch vor wenigen Tagen betonten Vizekanzler Pröll und Landeshauptmann-Stv. Franz Steindl, dass der Ausgang der Volksbefragung in jedem Fall respektiert werde und schwenkten auf SPÖ-Linie ein: Sollte sich die burgenländische Bevölkerung gegen ein Asylaufnahmезentrum in Eberau entscheiden, werde es kein drittes Asylzentrum geben. Nun scheint es allerdings so als würde die ÖVP, frei nach der Devise „was kümmert mich mein Geschwätz von gestern“, wieder auf ihren ursprünglichen Kurs zurückschwenken und die Meinung der Bevölkerung einfach übergehen. Nachdem sich die Innen-

ministerin nicht klar äußern will, betrachtet die ÖVP offensichtlich das Ergebnis der Volksbefragung doch nicht als bindend. Für Niessl stellt sich daher die Frage: „Was ist das Wort des Vizekanzlers wert?“ Die Glaubwürdigkeit der ÖVP ist für Niessl auf jeden Fall neuerlich massiv beschädigt.

Keine Notwendigkeit für drittes Aufnahmезentrum

Für Bundeskanzler Werner Faymann steht fest, dass in Anbetracht der derzeit sinkenden Asylzahlen keine Notwendigkeit für ein drittes Erstaufnahmезentrum besteht. Es ist die Aufgabe einer Arbeitsgruppe im Innenministerium, Lösungen zu finden, wie die bestehenden Asylzentren entlastet werden können. Sollte irgendwann doch dringender Bedarf nach einem dritten Zentrum bestehen, muss die Innenministerin einen Standort ordnungsgemäß ausschreiben und die Bevölkerung einbinden. ♦

JUSTIZ

Gerechtigkeit für die Opfer des Austrofaschismus

76 Jahre nach den blutigen Kämpfen im Februar 1934 scheint die Rehabilitierung derer, die im Austrofaschismus um die Demokratie gekämpft haben, nun greifbar.

Freiheit und Demokratie sind und waren schon immer Grundwerte der Sozialdemokratie“, erinnert SPÖ-Bundesgeschäftsführerin Laura Rudas an die Kämpfe vom 12. Februar 1934, bei denen mutige Anhänger der Sozialdemokratie, die so genannten Februarkämpferinnen und -kämpfer, gegen die Ausschaltung des Rechtsstaats kämpften; und von den Standgerichten unter Dollfuß verhaftet, verurteilt und teilweise hingerichtet wurden.

Wolfgang Moitzi, Vorsitzender der Sozialistischen Jugend Österreich (SJÖ), übt scharfe Kritik am „brutalen Angriff“ auf die Arbeiterbewegung, der „den Weg für den Anschluss an Hitler-Deutschland ebnete“. Die SPÖ unterstützt eine Initiative für die Rehabilitierung der Februarkämpfer, ebenso wie 97 Forscher, die

sich zuletzt in einem offenen Brief an das Parlament wandten.

Austrofaschismus neu bewerten

Im Justizausschuss des Parlaments fand der Vorschlag nun Gehör: SPÖ-Justizsprecher Hannes Jarolim zeigt sich erfreut über die positiven Signale von ÖVP und Grünen für eine „sozialdemokratische Kernforderung“. Jarolim: „Mit der Rehabilitierung würde der Diskurs im Sinne der Opfer weitergeführt.“ Vor der Beschlussfassung der Rehabilitierung ist eine umfassende wissenschaftliche Aufarbeitung geplant. Als „Zieldatum“ für die Rehabilitierung schlägt der Historiker Oliver Rathkolb den 22. Jänner 2011 vor – den 100. Ge-



SJ-Vorsitzender Wolfgang Moitzi betont, dass eine Rehabilitierung der Opfer erst der Anfang einer historischen Neubewertung des Austrofaschismus wäre (im Bild: Februarkämpfer werden abgeführt).

burtstag von Bruno Kreisky, der selbst Opfer des Dollfuß-Regimes war. ♦

KONJUNKTURPAKET

Investitionen sichern Arbeit

ÖVP-Staatssekretär Lopatka torpediert die von der Bundesregierung beschlossenen Konjunkturpakete. Für die SPÖ ist das völlig unverständlich.

Etlliche Studien zeigen, dass Österreich die Krise aufgrund der Maßnahmen der Regierung deutlich besser bewältigt als viele andere Länder“, sagt SPÖ-Bundesgeschäftsführer Günther Kräuter. Es sei auch nicht einzu-sehen, dass ein Regierungsmitglied diese Initiativen öffentlich anzweifelt. „Er verunsichert damit die Unternehmen und schadet der heimischen Wirtschaft“, betont Kräuter. Es sei „völlig unverständlich“, dass der Finanzstaatssekretär die von der Bundesregierung beschlossenen Konjunkturpakete torpediert. „Und das noch dazu in einer wirtschaftlich sehr heiklen Phase“, meint Kräuter.

Lopatka soll Schmutzkübel-Kampagne gegen ÖBB einstellen

Der SPÖ-Bundesgeschäftsführer fordert Lopatka außerdem auf, seine „Schmutzkübelkampagne gegen die ÖBB einzustellen“. Seit Monaten diffamiere der Finanzstaatssekretär eines der größten und wichtigsten österreichischen Unternehmen. Damit



SPÖ-Bundesgeschäftsführer Günther Kräuter: 42.000 ÖBB-Beschäftigte leisten täglich harte Arbeit.

bringe er 42.000 Beschäftigte, die täglich harte Arbeit leisten, in Misskredit.

Kritik auch von Bures

Das Vorgehen von Lopatka wird auch von Infrastrukturministerin Doris Bures scharf kritisiert. Den Vorschlag, die



Infrastrukturministerin Doris Bures: Infrastrukturinvestitionen sind langfristig geplant.

jährlichen Ausgaben beim Straßenbau zurückzufahren, weist sie entschieden zurück. „Diese Investitionen sind langfristig geplant. Es gibt eine verkehrspolitische Zielsetzung. Die kann man nicht jeden Tag abändern“, betont Bures. „Wenn man investiert, dann muss man wissen, dass das etwas kostet.“

VERWALTUNGSREFORM

Neun Verwaltungsgerichte statt 100 Sonderbehörden

Nach jahrelangen Vorarbeiten ist nun eine Reform der Verwaltungs-Gerichte geplant, im Kern soll jedes Bundesland so ein Gericht bekommen.



Ziele der Reform: Einsparung und mehr Effizienz, auch für die Bürger.

Nur einige statt zahlreicher zuständiger Behörden und ein klar geregelter einheitlicher Ablauf bei Verwaltungs-Angelegenheiten. Der nun vorliegende Entwurf sei breit akkordiert, sagt Bundeskanzler Werner Faymann. Jetzt findet die Begutachtung statt, während der die eine oder andere Idee noch eingebracht werden kann.

Im Gegenzug dafür werden etwa 100 Sonderbehörden und Senate abgeschafft werden. Das Resultat soll einfachere bürokratische Abläufe für die Menschen bringen, etwa bei Beschwerden gegen Bescheide von Behörden. Die Grundidee des Gesetzes-Entwurfes:

EUROPA

Keine Geldgeschenke für Griechenland

Solidarität in der Eurozone heißt nicht, Geld zu verschenken, erklärt Bundeskanzler Werner Faymann.



Athen: Griechenland muss den Sparstift ansetzen – unter strenger EU-Aufsicht.

Das „Euro-Sorgenkind“ Griechenland hat nun bis Mitte März Zeit, zusätzliche Sparpläne vorzuschlagen – Geldgeschenke wird es aber vorerst keine geben, erklärt Bundeskanzler Faymann. Soviel ist klar: Griechenland muss unter strenger EU-Aufsicht den Sparstift ansetzen. Aber „Zurufe von außen über konkrete innerstaatliche Sparmaßnahmen sind nicht hilfreich – auch wir Österreicher wollen hier keine Einmischung“, so der Bundeskanzler. Zentral sei vielmehr, wie die Budgetsituation der Euro-Länder transparenter gemacht werden kann. Faymann fordert daher strengere Kontrollen durch die EU-Kommission.

Ratgeber

Pension & Invalidität

Manz-Ratgeber geben klare Antworten auf die Rechtsfragen des Alltags. Einfach und verständlich erklärt, mit vielen Beispielen, Hinweisen und Zusammenfassungen ist das Thema Pension.

Gerade in schwierigen Lebensabschnitten, verursacht etwa durch einen beeinträchtigten Gesundheitszustand, brauchen die Menschen schnelle Hilfe. Für die betroffenen Menschen erweist sich aber oft das zersplitterte, in verschiedene Behördenzuständigkeiten aufgeteilte und in unterschiedlichen Gesetzen geregelte Sozialrecht als schwer verständlicher Weg zum Ziel. Dieser Ratgeber will einen kleinen Beitrag zur Verständlichkeit des Sys-

tems sein und eine Hilfestellung durch den Behörden- und Paragraphendschungel anbieten. „Pension und Invalidität“ zeigt einen Blick hinter die Kulissen der Sozialversicherung und der Gerichte. Im Frage-, Antwort-Stil wird der Weg von der Antragstellung bis zur Gewährung der Pension dargestellt. Ein Anhang mit den wichtigsten Formularen und Adressen soll den Leser bei der Verfolgung seiner Ansprüche unterstützen. ◆

Biographie

Victor Klemperer

Der Journalist Peter Jacobs hat aus dem gewaltigen Konvolut von Victor Klemperers Aufzeichnungen eine leicht verständliche Biographie herausdestilliert.

Es handelt sich um das exemplarische Schicksal eines deutschen Juden dieser Epoche. Aus einfachen Verhältnissen stammend, bringt Klemperer es zum international anerkannten Philologen, verliert jedoch durch die nationalsozialistische Diktatur seine berufliche Existenz und beinahe sein Leben, was ihn indes nicht hinderte, immer „im Kern ein deutsches Gewächs zu bleiben“.

Akribisch rekonstruiert Peter Jacobs die

Vita des Dresdner Professors, dessen Tagebücher über den Alltag der Judenverfolgung zur literarischen Sensation wurden. Er erzählt von dem Aufstiegsversuch ins wilhelminische Bürgertum, der bitteren Erfahrung des Antisemitismus in der Weimarer Republik, der drohenden Vernichtung in Nazi-Deutschland und schließlich von den letzten Lebensjahren, die von Ehrungen begleitet und von neuen Zweifeln zerrissen wurden. ◆

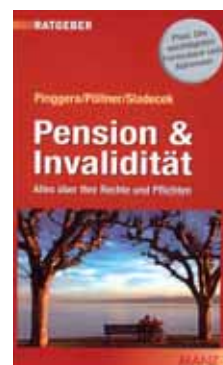
Studie

Frauen auf dem Sprung

Wie leben junge Frauen heute? Welche Ziele haben sie und wie wollen sie diese erreichen?

Die jungen, heute 20- bis 30-jährigen Frauen sind gut ausgebildet, haben viel erreicht und noch viel größere Pläne. Die Vereinbarkeit von Beruf und Familie ist für sie ein selbstverständliches Anliegen, sie wollen Kinder und Karriere. Im Rahmen der großen Brigitte-Studie hat sich Jutta Allmendinger nun auf wissenschaftlicher Basis dieser neuen Generation von Frauen genähert und sie zu ihrer Lebensplanung und ihren Gesellschaftsvorstellungen befragt.

Entstanden ist daraus ein Buch für alle, die wissen wollen, wie Frauen in Deutschland leben und was ihnen wichtig ist. Die jungen Frauen sind auf dem Sprung. Sie werden einen erfolgreichen, selbstbestimmten Weg gehen und unsere Gesellschaft nachhaltig verändern. Die Verantwortlichen in Politik und Wirtschaft sollten diesen selbstbewussten Frauen gut zuhören, denn sie bestimmen die Diskussion über das gesellschaftliche Modell von morgen. ◆

☐ Stk.


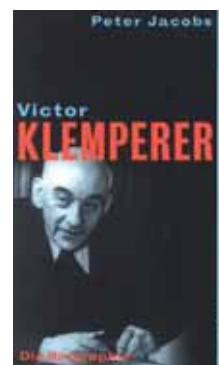
Pinggera, Pöltner, Sladeczek (Hg.):

Pension & Invalidität.

Alles über Ihre Rechte und Pflichten

Manz, Wien 2010;

203 S., 18,80 €

☐ Stk.


Peter Jacobs

Victor Klemperer. Im Kern ein deutsches Gewächs.

Aufbau Taschenbuchverlag, Berlin 2010;

381 S., 13,40 €

☐ Stk.


Jutta Allmendinger

Frauen auf dem Sprung.

Wie junge Frauen heute leben wollen.

Pantheon, München 2009;

112 S., 13,40 €

Unterschrift:

Adresse:

Name:

In der **Buchhandlung Löwelstraße**

1014 Wien, Löwelstraße 18

Tel: 01/534 27/323 od. 343, Fax: 01/534 27/324, E-Mail: Buchhandlung@spoe.at

Zielbestellen

Bitte Bestellschein ausfüllen, gewünschte Bücher ankreuzen, abtrennen, einsenden, faxen oder einfach per E-Mail bestellen!



BURGENLAND

Jampark: Landesweit größter Bandwettbewerb geht ins Finale



24 Bands aus allen Landesteilen haben sich bereits an den Contest-Vorrunden beteiligt. Hauptgewinn: Ein Auftritt am Donauinselfest.

Der größte Bandwettbewerb des Burgenlands „Jampark“, veranstaltet von der Sozialistischen Jugend (SJ), geht ins Finale. Am 20. Februar spielen die zwei bestplatzierten Bands aus den Bezirks-Vorausscheidungen in der KUGA Großwarasdorf um den Sieg. Den Gewinnern winkt ein Gig auf dem Donauinselfest. Für die Zweit- und Drittplatzierten gibt es eine CD-Produktion und Merchandise-Artikel. „Die Förderung der Jugendkulturszene ist ein ganz wich-



Ihre 100-prozentige Unterstützung für die burgenländische Jugendkultur-Szene sagten Landeshauptmann Hans Niessl und SJ-Sekretär Martin Giefing zu.

tiger Punkt. Junge Leute brauchen Möglichkeiten, um sich entfalten zu können – in diesem Fall mit Musik. Daher unterstütze ich dieses Projekt zu hundert Prozent“, erklärt Landeshauptmann Hans Niessl.

Das Publikum kürt die beste Band

Wer gewinnt, entscheidet das Publikum: Nach dem Auftritt der letzten Band haben alle Gäste die Möglichkeit, direkt für ihre Lieblingsband zu stimmen. Der Bandwettbewerb der SJ läuft seit September. Bis jetzt haben sich 24 Bands aus allen Landesteilen an den Vorrunden in den Bezirken Neusiedl, Oberpullendorf, Mattersburg und Oberwart beteiligt. „Mit dem Bandwettbewerb geben wir jungen Menschen eine Plattform sich zu präsentieren. Regionale Jugendkultur wird dabei mit politischen Forderungen verknüpft“, sagt SJ-Sekretär Martin Giefing. ♦

STEIERMARK

[Projekt: 500] – Hol dir 500 € für deine Idee



SPÖ-Jugendlandesrätin Elisabeth Grossmann und Uschi Theißl von LOGO Jugendmanagement präsentieren das [Projekt: 500]



Mit dem [Projekt: 500] startet das größte Jugendbeteiligungprojekt in der Steiermark.

85 Prozent der steirischen Jugendlichen engagieren sich in Vereinen, bei Projekten und in Jugendgruppen. „Ich will diesen Optimismus der Jugend nutzen, um junge Menschen zu motivieren und wertvolle Initiativen für unsere Gesellschaft zu starten“, sagt SPÖ-Jugendlandesrätin Elisabeth Grossmann. Des-

halb sind alle Steirerinnen und Steirer zwischen 15 und 25 Jahren eingeladen, 500 Euro für die Umsetzung der eigenen Projektideen zu bekommen. „Die steirischen Jugendlichen zeichnen sich auch im österreichweiten Vergleich durch ihren besonderen Ideenreichtum und ihr Engagement im Projektbereich aus. So konnten sie 2009 überdurchschnittlich viele Fördermittel des europäischen Jugendförderungsprogramms „Jugend in Aktion“ lukrieren“, erklärt Uschi Theißl von LOGO Jugendmanagement.

Bis zu 300 Projekte werden ausgewählt

LOGO Jugendmanagement und das Jugendressort des Landes suchen ab sofort junge Ideen für das Land. Förderung erhalten Projekte sowie Projektideen, die den Förderrichtlinien entsprechen und von der Jury ausgewählt werden. Kriterien für die Auswahl sind etwa: der Nutzen des

Projekts für die Allgemeinheit, der Innovationsfaktor, die Anzahl der erreichten und eingebundenen Jugendlichen sowie die Nachhaltigkeit des Projekts. Den Themen sind keine Grenzen gesetzt. Durch die Kooperation mit regionalen Medien werden die Projekte begleitet und in der Öffentlichkeit kommuniziert. Spätestens mit Dezember 2010 müssen alle Projekte abgeschlossen, abgerechnet und öffentlich dokumentiert sein. Eine große Abschlussveranstaltung findet im Herbst statt. ♦

DIE FAKTEN

[Projekt: 500] – Fristen und Infos

Bis 26. März 2010 können Projekte bei LOGO eingereicht werden. Alle Antragsteller erfahren bis Ende April, ob sie gefördert werden oder nicht.

Mehr Informationen unter:
www.projekt500.at
E-Mail: projekt500@logo.at
Tel.: 0676 – 866 03 35

NIEDERÖSTERREICH

„Der Weg für den Aufschwung“



„Faire Bezahlung für harte Arbeit“: Das ist das Motto der SPÖ-Bauern für die niederösterreichische Landwirtschaftskammer-Wahl

am 28. Februar.



„Bäuerinnen und Bauern müssen von ihrer Arbeit wieder leben können“, fordern SPÖ-NÖ-Chef Sepp Leitner und der Vorsitzende der NÖ-SPÖ-Bauern Josef Etzenberger.

„Schlechte Preise für landwirtschaftliche Produkte setzen immer mehr Bauern unter Druck“, beschreibt der Vorsitzende der niederösterreichischen SPÖ-Bauern, Landeskammerrat Josef Etzenberger die Sorgen vieler Landwirte. Für ihn steht fest: „Die Bäuerinnen und Bauern brauchen eine Perspektive – diese können wir nur mit fairer Bezahlung für harte Arbeit erreichen.“ Etzenberger will sich vor allem für kleine und mittlere landwirtschaftliche Betriebe einsetzen. Es könne nicht sein, dass bei Förderungen „große Konzerne das größte Stück vom Kuchen bekommen“. Gemeinsam mit der IG-Milch fordern die SPÖ-Bauern, dass die Bäuerinnen und Bauern die Regulierung des Milchmarktes selbst in der Hand haben sollen.

Für Sepp Leitner, Landeshauptmannstellvertreter und SPÖ-Niederösterreich-Vorsitzender, steht das Wahlziel fest: „Wir richten unser vielfältiges An-

ZUM THEMA



Salzburgs Bauern gehen auch zur Urne

Die Landwirtschaftskammer-Wahlen in Salzburg finden am 21. Februar statt. Spitzenkandidat der SPÖ ist Landtagsabgeordneter Robert Zehentner. Seine Hauptanliegen sind:

- » Gerechte Verteilung der Förderungen
- » Fairer Umgang mit der IG Milch
- » Wiedereinführung der Bergmaschinenförderung

gebot vor allem an jene Landwirte, die sich vom Bauernbund nicht mehr vertreten fühlen. Hier wollen wir Stimmen dazugewinnen.“ ♦

WIEN

Erfolgreiche Volksbefragung



Die Volksbefragung „Wien will's wissen“ war ein Erfolg – 26,04 Prozent der Wienerinnen und Wiener beteiligten sich. Bürgermeister Michael Häupl will die Ergebnisse so rasch wie möglich umsetzen.

Unter dem Motto „Wien will's wissen“ waren die Wienerinnen und Wiener vom 11. bis zum 13. Februar aufgerufen, ihre Meinung zu fünf Themen abzugeben. Die Themenpalette reichte dabei von Hausbesorgern, Ganztagschulen und Citymaut bis zum Thema U-Bahn und Hundeführschein. Die Beteiligung von 26,04 Prozent ist für Häupl ein ebenso erfreuliches wie „deutliches Zeichen“. Zeigt doch diese hohe Beteiligungsrate, dass es sich bei der Wiener Volksbefragung „um einen sehr erfolgreichen Einsatz dieses Instrumentariums in der Geschichte Wiens“ handle, so Häupl. Für den Wiener Bürgermeister ist das Ergebnis der einzelnen Fra-



Bürgermeister Michael Häupl sieht das Ergebnis als Verpflichtung.

gen verpflichtend – egal ob dieses „knapp oder deutlich ausfällt“. Die Umsetzung werde so „rasch wie möglich“ erfolgen.

SPÖ nimmt Anliegen der Wiener ernst

„Die SPÖ nimmt als einzige Partei die Anliegen der Wienerinnen und Wiener ernst“,

INFO

Vorläufiges Ergebnis der Wiener Volksbefragung

Hausbesorger: 84 % dafür
Ganztagschulen: 78 % dafür
24-Stunden U-Bahn-Betrieb: 55 % dafür
Hundeführschein: 90 % dafür
City-Maut: 77 % dagegen

Das endgültige Ergebnis der Volksbefragung liegt nach der Auszählung der Briefstimmkarten am 24. Februar 2010 vor.

so der Wiener LandesparteiSekretär, Christian Deutsch: „Wir stehen für eine offene und bürgernahe Politik, die die Sorgen und Anliegen der Bevölkerung ernst nimmt.“ Die ÖVP-Wien dagegen habe in den letzten Wochen mit ihren mehr als fragwürdigen Methoden (z.B. Anleitungen zur Wahlmanipulation) „bewiesen, dass ihr die Meinung der Wiener schlichtweg egal ist“. Für Deutsch ist das ein „schändlicher Umgang mit den Instrumenten der direkten Demokratie“. ♦



Freiheitskämpfer

Wissenschaftsplattform verlangt volle Rehabilitierung aller Opfer des Februar 1934

Ernst Nedwed fordert Gerechtigkeit für all jene, die damals von Standgerichten zum Tode verurteilt, oder im Anhaltelager Wöllersdorf inhaftiert wurden.



„Niemals vergessen!": Das war der Tenor der Sozialdemokratischen Freiheitskämpfer bei der Februarkundgebung der SPÖ Wien vor dem Polizeigefangenenhaus Roßauer Lände.

„Wir verlangen die generelle Rehabilitierung all jener, die damals von den Standgerichten zum Tode verurteilt wurden. Die illegalen Nationalsozialisten kann dies jedoch nicht betreffen.“

Jahrzehntelang haben ÖVP-Politiker und ihnen nahestehende Historiker die Februarkämpfe 1934 als Putsch der Sozialdemokratischen Schutzbündler gegen die österreichische Regierung diffamiert. Die Kämpfe, bei denen Heimwehr-, Militär- und Polizeiverbände gegen die Verteidiger in ihren Arbeiterheimen und Zentren mit Hausdurchsuchungen, Beschlagnahmen und Verhaftungen, unter anderem mit schweren Waffen, wie Panzerwagen und Haubitzen, vorgehen, entzweiten die Menschen in Österreich. Nach einwöchiger Auseinandersetzung gab es hunderte Tote und tausende Verhaftungen.

Die Zerschlagung der Demokratie begann bereits am 15. Juli 1927, als Sicherheitskräfte auf Befehl von Polizeipräsidenten Schober mit Gewehrsalven empörten Demonstranten entgegentraten. Es gab mehr als hundert Tote und viele Verwundete. Vom damaligen Bundeskanzler, Prälat Seipel, sind die Worte: „Verlangen sie von mir keine Milde“ in die Geschichte eingegangen. Im März 1933 schaltete die Regierung Dollfuß den österreichischen Nationalrat aus und hinderte mit Polizeigewalt frei gewählte Abgeordnete am Betreten des Parlaments. Der Februar 1934 sollte nach vielen Verboten und nach der Vorzensur der Arbeiterzeitung der Schlusspunkt der Vernichtung der Sozialdemokratie sein.

Nach dieser Entwicklung, die den Weg für die Machtergreifung der Nazis bereitete, sprachen die Bürgerlichen nach 1945 von einer geteilten Schuld. Diese Behauptung lehnte die Sozialdemokratie von Anfang an konsequent ab. In vielen Untersuchungen wurde diese Haltung eindeutig

bestätigt. In den 1970er Jahren hat eine von Bundeskanzler Bruno Kreisky eingesetzte Historikerkommission Klarheit über die politischen Vorgänge in der Ersten Republik geschaffen. Trotzdem hielt sich die ÖVP weiterhin an ein von jeder Schuld freies Dollfußbild.

75 Jahre nach den Februar-Ereignissen gab es 2009 aus der ÖVP einige nachdenkliche Signale. So hat der ihr nahestehende Historiker Stefan Karner gemeint, dass die ständige Verschärfung der innenpolitischen Situation in den 1930er Jahren bis zum Ausbruch der Kampfhandlungen vor allem die bürgerlichen Regierungen zu verantworten hatten.

In den letzten Tagen haben nun 97 renommierte Historiker und Juristen einer wissenschaftlichen Plattform die Parteien des österreichischen Nationalrates zur vollen Rehabilitierung der Februarkämpfer und der Opfer des Austrofaschismus aufgerufen. Wir Sozialdemokratische Freiheitskämpfer haben diese Initiative sofort begrüßt und auch der SPÖ-Nationalratsklub hat die ÖVP aufgefordert, darüber zu verhandeln. Die ersten Signale sind positiv. Allerdings geht es nicht darum, einzelne Urteile nach Prüfung aufzuheben, sondern wir verlangen die generelle Rehabilitierung all jener, die damals von den Standgerichten zum Tode verurteilt wurden und auch jener Opfer, die verhaftet und in Wöllersdorf, dem ersten Anhaltelager Österreichs, gefangen gehalten wurden.

Eine Einschränkung ist jedoch klar: Diese generelle Rehabilitierung kann nicht die illegalen Nationalsozialisten betreffen, die tatsächlich einen hochverräterischen Putsch gegen Österreich versucht haben und dabei auch den Bundeskanzler ermordeten.

Ernst Nedwed ist seit 2007 Vorsitzender des Bundes Sozialdemokratischer Freiheitskämpfer, Opfer des Faschismus und aktiver Antifaschisten.

TERMINKALENDER

Freitag, 26. 2.

Im Rahmen der fraktionellen SPÖ-Arbeitsgruppe (FAKT) unter der Leitung von SPÖ-Nationalratsabgeordneten Kurt Gartlehner wurde in den letzten zwei Jahren ein Zukunftspapier zum Thema Informations- und Kommunikationstechnologien erarbeitet. Dieses SPÖ-Strategiepapier wird nun im Rahmen einer Enquete, an der u.a. Infrastrukturministerin Doris Bures und Staatssekretär Josef Ostermayer teilnehmen, präsentiert werden.

Information & Anmeldung:
andrea.steiner@spoe.at
Tel. 01 401 10 39 45

Beginn: 9.30 Uhr
Lokal VI (Budgetsaal)
Parlament, 1017 Wien

Sonntag, 28. 2.

Anlässlich des Todestages von Dr. Adolf Schärf wird ein Lorbeerkrantz in der Präsidentengruft niedergelegt.

Montag, 1. 3.

„Willy Brandt – Berliner Ausgabe“

Das Bruno Kreisky Forum für internationalen Dialog, die Bundeskanzler-Willy-Brandt-Stiftung und das Renner-Institut laden zur Präsentation der Edition „Willy Brandt – Berliner Ausgabe“ ein. Begrüßt werden die Gäste von Franz Vranitzky, Bundeskanzler a.D. Einleitende Worte spricht Karsten Brenner, Vorstands-Vorsitzender der Bundeskanzler-Willy-Brandt-Stiftung. Im Anschluss findet ein Gespräch zwischen dem deutschen Politiker Egon Bahr und Franz Vranitzky statt, das von Alexandra Förderl-Schmied, Chefredak-

teurin der Tageszeitung „Der Standard“, moderiert wird.

Information & Anmeldung:
einladung.kreiskyforum@kreisky.org
Tel. 01 318 82 60 20

Beginn: 19.00 Uhr
Bruno Kreisky Forum
für internationalen Dialog
Armbrustergasse 15
1190 Wien

Dienstag, 2. 3.

I like to move it move it – Das große Schulprojekt von Linz09

Nationalratspräsidentin Barbara Prammer lädt zur Präsentation von „I like to move it“ – dem großen Schulprojekt von Linz09 ein. Im Rahmen des Projekts haben 75 Theater-, Tanz-, und Performance-Künstler in 90 Schulen aller Schultypen in Oberösterreich zusammen mit mehr als 2000 Schülerinnen und Schülern und 700 Lehrerinnen und Lehrern im Schuljahr 2008/09 über mehrere Wochen hinweg intensiv im Unterricht gearbeitet, um mehr Raum für Kreativität im Schulunterricht zu verankern. Information & Anmeldung:
veranstaltungen16@parlament.gv.at

Fax.: 01 401 10 26 64

Beginn: 17.00 Uhr
Abgeordneten-Sprechzimmer
Parlament, 1017 Wien

Mittwoch, 3. 3.

Ein Tag ohne Einwanderer

Sandra Frauenberger, SPÖ-Stadträtin für Integration in Wien, und Helmut Schüller, katholischer Pfarrer, zeigen, wie wichtig Ein-

wanderer für unsere Gesellschaft sind. Mehr Informationen auf:

www.wirtschaftsmuseum.at
Beginn: 19.00 Uhr
Österreichisches Gesellschafts- und Wirtschaftsmuseum
Vogelsangasse 36, 1050 Wien

Montag, 8. 3.

Internationaler Frauentag 2010

Nationalratspräsidentin Barbara Prammer lädt anlässlich des Internationalen Frauentages zu einer Veranstaltung zum Thema: „FRAUenARBEIT – Von prekärer Beschäftigung bis zur gläsernen Decke“ ein. In einer Podiumsdiskussion mit SPÖ-Frauensprecherin Gisela Wurm werden nach einer Analyse des Status quo Lösungsansätze zur Konsolidierung sowie zukünftige Perspektiven diskutiert. Information & Anmeldung:

veranstaltungen08@parlament.gv.at

Fax.: 01 401 10 24 66

Beginn: 16.30 Uhr
Abgeordneten-Sprechzimmer
Parlament, 1017 Wien

IMPRESSUM

Medieninhaber und Herausgeber: SPÖ, 1014 Wien, Löwelstraße 18, Chefredakteur: Alexander Lutz, Chefin v. Dienst: Mag^a Ute Pichler, Redaktion: Markus Bacher, Mag^a Alexandra Bärthl, Mag^a Regine Bohrn, Mag. Gerald Demmel, Mag^a Birgit Jung, Martin Oppenauer, Mag^a Andrea Schmidt, Andreas Strobl, Susanne Vockenhuber, Bildredaktion: Emil Goldberg, Layout: Thomas Lehmann, Coverfoto: Fotolia, Bildbearbeitung: Max Stohanzl, Sekretariat: Michaela Pavelka, Tel: 01/534 27/275, Verlag: edition rot Buch & Zeitschriften Handels & Verlags GmbH, 1050 Wien, Rechte Wienzeile 97 Hersteller: LeykamDruck, Wr. Neustadt, E-Mail: spoe.aktuell@spoe.at, Homepage: www.spoe.at

NET NEWS

Seelenloser Ziegelstein beliebter als Strache-FPÖ

„Kann dieser seelenlose Ziegelstein mehr Freunde haben als H.C. Strache?“ Unter diesem Motto wurde vergangene Woche eine Satire-Gruppe auf Facebook gegründet. Das ambitionierte Ziel der Aktion: Mehr Unterstützer zu sammeln als der FPÖ-Chef (ca. 18.000). In kürzester Zeit avancierte der Ziegel zum Kult im Internet: Bereits am dritten Tag wurde Strache übertroffen, kurz

nach den ersten Medienberichten wurde auch schnell die 100.000er-Marke geknackt. Satirefreunde finden auf der Seite zahlreiche humorvolle von den Fans erstellte Fotomontagen. Bei Redaktionsschluss zählte die Gruppe knapp 130.000 Unterstützer, Tendenz steigend. (Zum Vergleich: Bei der Wien-Wahl 2005 erzielte die FPÖ lediglich 100.780 Stimmen) ♦

www.facebook.com





Lady trifft Bundeskanzler

Sie kam, tanzte und arbeitsfrühstückte. Die neue EU-Außenministerin Catherine Ashton weilte auf Einladung von Bundeskanzler Werner Faymann in Wien. Lady Ashton war vom 54. Wiener Opernball "hingerissen" und besprach anderntags bei einem gemeinsamen Arbeitsfrühstück mit Faymann wichtige außenpolitische Themen der EU. (von links: Ashton, Faymann und Gattin Martina Ludwig)



„Toi, toi, toi“ für unser olympisches Bob-Team

Mit einem ministeriellen „Toi, toi, toi“ stellte sich Sportminister Norbert Darabos bei unseren olympischen Bobfahrern ein. Das fünfköpfige Team fährt ab 20. Februar um Medaillen.



Königlicher Blumengruß

Bernadette bringt Blumen: Klingt schön, ist auch schön. Die Dame im Bild ist Bernadette I., ihres Zeichens frisch gekürte Blumenkönigin. Sie überbrachte dem steirischen Landeshauptmann Franz Voves vor kurzem blumige Grüße – Voves war sichtlich erfreut und betonte die „wichtige Botschafterfunktion der Blumenkönigin“.



Hello, Mr. President

Das südwestafrikanische Land Namibia war Ziel einer mehr-tägigen Arbeitsreise von Nationalratspräsidentin Barbara Prammer. Dort traf sie u.a. auch Staatspräsidenten Hifikepunye Pohamba zu bilateralen Gesprächen.